

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle herzlich zu unserer heutigen, 126. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein GruÙ gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien und den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weise ich darauf hin, dass die Fraktionen von CDU und FDP beantragt haben, vor Eintritt in die heutige Tagesordnung gemäß § 20 Abs. 3 Satz 1 unserer Geschäftsordnung zu beschließen, die Tagesordnung um einen Beratungsgegenstand zu ergänzen. Dieser soll als neuer Tagesordnungspunkt 17 aufgerufen werden und trägt den Titel „Gesetz zur Ergänzung einer Zuständigkeitsregelung im Infektionsschutz- und Befugnisgesetz“. Das ist die Drucksache 17/13568. Eine Aussprache soll zu diesem neuen Tagesordnungspunkt nicht stattfinden. Der Gesetzentwurf soll nach der ersten Lesung auch nicht in die Ausschüsse überwiesen werden; vielmehr ist die zweite Lesung für morgen geplant.

Gemäß § 20 Abs. 3 Satz 1 unserer Geschäftsordnung kann der Landtag vor Eintritt in die Tagesordnung beschließen, diese zu ergänzen. Hierbei handelt es sich grundsätzlich um eine Entscheidung, die der Landtag mit Mehrheit trifft.

Vor diesem Hintergrund frage ich, ob zu dem Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Tagesordnung um den Beratungsgegenstand in der Drucksache 17/13568 ergänzt**.

Ich rufe auf:

1 Tarifflicht in Nordrhein-Westfalen eindämmen!

Aktuelle Stunde
auf Antrag der SPD
Drucksache 17/13538

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 26. April 2021 gemäß § 95 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung zu dieser aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der Abgeordnetenkollegin Frau Kapteinat das Wort. Bitte.

Lisa-Kristin Kapteinat* (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Präsident André Kuper: Liebe Kollegin, ich möchte Sie noch einmal kurz unterbrechen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist derzeit noch ein hohes Maß an Unruhe im Saal. Ich bitte, die Gespräche einzustellen und der Rednerin zu lauschen. – Danke.

Lisa-Kristin Kapteinat* (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum sind wir heute hier? 60 Tage Streik in unserem Land. Wo wird gestreikt? Bei der TSP, der TechnikServicePlus GmbH, einer Tochtergesellschaft der LEG, einer ehemaligen Landesgesellschaft, unserer ehemaligen Landesgesellschaft. Es wird Sie nicht wundern, dass die SPD-Fraktion Tarifbindung grundsätzlich als wichtig erachtet. Aber es ist aus unserer Sicht besonders schockierend, wenn die Tochtergesellschaft einer ehemaligen Landesgesellschaft Tarifflicht begeht.

Dabei sprechen wir im Übrigen nicht von einem pandemiegeplagten Betrieb, der rote Zahlen schreibt. Nein, wir sprechen von einem Betrieb, bei dem sich der Vorstandsvorsitzende im letzten Jahr sein Einkommen von 2,82 Millionen auf 4,3 Millionen Euro erhöht hat.

Um diese Zahlen in ein passendes Verhältnis zu setzen: Eine hundertprozentige Umsetzung der Forderungen von ver.di hätte 900.000 Euro gekostet und wäre 404 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugute gekommen – 404 Beschäftigten mit den dahinter stehenden Familien. Es wäre also auch nach einer hundertprozentigen Umsetzung der Forderungen noch ein Einkommensplus von 600.000 Euro für den Vorstandsvorsitzenden drin gewesen.

Vorliegend verweigert die TSP aber bereits den Beginn von Tarifverhandlungen. Ich zitiere in diesem Zusammenhang – mit Erlaubnis des Präsidenten – gerne ver.di:

„Es ist unanständig, Beschäftigten einen Tarifvertrag und damit regelmäßige Lohnerhöhungen zu verweigern und gleichzeitig die Dividenden der Aktionärinnen und Aktionäre zu erhöhen. Die wirtschaftlichen Erfolge hat die LEG auch den Handwerkerinnen und Handwerkern zu verdanken, die im direkten Kontakt mit Mieterinnen und Mietern ein wichtiges Sprachrohr und die Visitenkarte vor Ort sind.“

Wir sprechen also von Tarifflicht – Tarifflicht im Jahr 2021, wo eigentlich allen klugen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern längst klar ist: Gute Arbeit setzt gute Arbeitsbedingungen voraus.

(Beifall von der SPD)

austauschprojekte mit dem Vereinigten Königreich fördern wollen. Darüber hinaus wird derzeit mit dem Schulministerium ein neues Landesprogramm zur Förderung von Schulbegegnungen mit dem Vereinigten Königreich aufgelegt.

Wir wollen junge Menschen aus Nordrhein-Westfalen, die Generation Erasmus, gerne dabei unterstützen, auch weiterhin Austauschfahrten zu sammeln und neue Brücken in das Vereinigte Königreich zu schlagen. Bilaterale oder nationale Programme können keinen gleichwertigen Ersatz für das Erasmus+-Programm darstellen. Das bedeutet aber nicht, dass wir nicht nach Wegen suchen sollten, um pragmatisch zu einem gewissen Teil jene Lücke zu füllen, die für junge Menschen in Nordrhein-Westfalen durch den Rückzug der Briten von Erasmus+ entstanden ist.

Genau hier setzen die Aktivitäten der Landesregierung und der Antrag der Regierungsfractionen mit der Idee zu einem Stipendienwerk oder Stipendienprogramm an. Die Landesregierung greift diese Initiative sehr gerne auf. – Recht herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 16. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales zur Federführung, mitberatend sollen der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der Wissenschaftsausschuss sowie der Ausschuss für Schule und Bildung sein. Wie immer soll die abschließende Beratung und Abstimmung im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Sich enthalten? – Das ist beides nicht der Fall. Dann haben wir **den Antrag Drucksache 17/13411 so überwiesen.**

Ich rufe auf:

17 Gesetz zur Ergänzung einer Zuständigkeitsregelung im Infektionsschutz- und Befugnisgesetz

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13568

erste Lesung

Eine Aussprache soll, wie Sie wissen, heute nicht stattfinden. Der Gesetzentwurf soll nach der ersten Lesung, in der wir uns gerade befinden, auch nicht in

die Ausschüsse überwiesen werden. Deshalb kommen wir jetzt direkt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der ersten von zwei Lesungen.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Neppel. – Stimmenthaltungen gibt es keine. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/13568 in erster Lesung** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen.**

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir um 19:50 Uhr am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend und schließe die heutige Plenarsitzung.

Schluss: 19:50 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

